



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

03.12.02

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 02.12.02

Presseerklärung

Überbauung Hauptbahnhof/Gestaltung der Bahnhofsvorplätze

Zu den Vorschlägen der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seinerzeit unter anderem eine Präzisierung der Höhe der kommunalen Mittel für die Verkehrsinfrastruktur, die Gestaltung der Bahnhofsvorplätze und sonstige Maßnahmen verlangt. Die Verwaltung hat dazu schriftlich erläutert, dass nach wie vor die Aussage gilt, dass sich der städtische Eigenanteil auf ca. 15,6 Mio. Euro beläuft, wobei die Verknüpfung von Stadtbahn und Hauptbahnhof dabei nicht berücksichtigt ist. Darüber hinaus sind in den Haushaltsjahren 1999 bis 2001 bereits Mittel in Höhe von 929 521 Euro für das Multi-Themen-Center im Rechnungsergebnis ausgewiesen.

Nunmehr soll ein Beschluss über das städtebauliche Qualifizierungsverfahren zur Gestaltung und räumlichen Profilierung des Hauptbahnhofsumfeldes gefasst werden, nach dem der erste Preisträger des Wettbewerbes mit der Konkretisierung der weiteren Planung beauftragt werden soll. Die Verwaltung soll beauftragt werden, eine zuverlässige Kostenübersicht zu erarbeiten, rechtzeitig die Mitteleinsätze in die Investitionsplanung einzubringen und auf eine Förderung der Maßnahme durch das Land hinzuwirken.

Eine erste grobe Kostenschätzung ohne die vorgeschlagenen Hochbauten und Tiefgaragen geht von einer Größenordnung in Höhe von ca. 10,3 Mio Euro aus. Erst nach Vorliegen der konkretisierten Planung und der daraus abgeleiteten Kostenermittlung wird dem Rat der Stadt ein Vorschlag zur Finanzierung und Förderung der Maßnahmen vorgelegt werden, wobei schon jetzt darauf hingewiesen wird, dass es zwar Möglichkeiten der Landesförderung gibt, aber eventuell auch Rückzahlungsverpflichtungen wegen der Eingriffe in bereits geförderte Flächen auf die Stadt zukommen.

Angesichts einer Haushaltsplanung, die unter Berücksichtigung optimistischster Prognosen immer noch eine Deckungslücke von fast 30 Mio Euro aufweist, hält die Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN es für äußerst fragwürdig, dass städtischerseits zum jetzigen Zeitpunkt weitere Weichenstellungen vorgenommen werden, die ausschließlich auf das 3do-Projekt ausgerichtet sind. Die Planungen des ersten Preisträgers zeichnen sich dadurch aus, dass die



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

mit der Gestalt des 3do verbundenen städtebaulichen Probleme zumindest minimiert werden. Sie sind aber – im Falle eines Scheiterns des Projektes – nicht mit gänzlich anderen Entwürfen kompatibel.

Von daher werden wir beantragen, dass die Konkretisierung der Planungen zumindest so lange zurückgestellt wird, bis das Eisenbahnbundesamt die Anträge von Sonae geprüft hat und zu einer Bewertung gekommen ist. Wesentlich ist dabei auch, in welcher Höhe Landesmittel fließen werden.

Im übrigen ist aus der vorliegenden Vorlage nicht ersichtlich, ob die angenommenen 10 Mio Euro in dem veranschlagten städtischen Eigenanteil von ca. 15 Mio Euro enthalten sind oder noch hinzugerechnet werden müssen.

Unabhängig von dieser Frage muss das städtische Risiko minimiert werden, um im Falle eines Scheiterns von 3do nicht etliche Millionen in eine Planung investiert zu haben, die z. B. mit den alternativen Planungen der Bahn AG nicht vereinbar sind. Mindestens dürften Vorarbeiten nur in dem Umfang erfolgen, wie eine Anpassung an einen veränderten Entwurf ohne großen Aufwand möglich wäre.

Radsportzentrum Olympia

Das Ende der unerfreulichen Auseinandersetzung der Stadt mit dem RC Olympia als Eigentümer und Bauherr des Objekts „Leistungs- und Trainingszentrum“ soll mit einer Änderung des Flächennutzungsplanes für den fraglichen Bereich herbeigeführt werden.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN handelt es sich um die nachträgliche Legitimierung eines Bauvorhabens im Außenbereich, das aus unserer Sicht im Rahmen eines ordentlichen Verfahrens nicht genehmigungsfähig gewesen wäre und insofern auch jetzt nicht gebilligt werden kann.

Die entsprechende Verwaltungsvorlage macht deutlich, wie gravierend die Eingriffe in Natur- und Landschaft sind. So stellt der Gebietsentwicklungsplan das Areal als Bereich für den Schutz der Landschaft und als Erholungsbereich dar. Die mit dem vorgezogenenen Bebauungsplan beabsichtigte Legitimierung der bereits begonnenen Arbeiten widersprechen dieser Darstellung.

Im Landschaftsplan Süd wird für diesen Bereich unter anderem vor einer weiteren Zersiedelung im Bereich der Wittbräuker Strasse gewarnt. Entsprechend muss wegen des überdimensionierten Bauprojekts von RC Olympia eine Aufhebung der Festsetzungen des Landschaftsplanes Dortmund-Süd erfolgen.

Abgesehen von der Prüfung einer Reduzierung von Flächenversiegelung werden dem Bauherrn keinerlei Beschränkungen auferlegt. Im Gegenteil: Sogar auf eine Umweltverträglichkeitsvorprüfung wird aus naheliegenden Gründen verzichtet.



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in diesem Vorgang eine Aufforderung an potenzielle Bauherren, im Zweifelsfalle auf die Einholung von notwendigen Baugenehmigungen zu verzichten und auf die nachträgliche planungsrechtliche „Heilung“ durch die Stadt zu setzen. Auch wenn im Verfahren seitens der Stadt mangelnde Aufmerksamkeit zu monieren ist, so war doch unmissverständlich klar, dass seitens des Bauherrn nicht von einer Genehmigung der Erweiterung des Radsportzentrums in dem geänderten Umfang ausgegangen werden konnte. Insofern halten wir den Beschlussvorschlag für nicht akzeptabel und werden dem Vorschlag der Verwaltung nicht folgen.

Neubesetzung Dezernat Greive

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in der Frage des Erfordernisses einer Neubesetzung des Dezernates eine Rechtsauskunft zu den Festsetzungen der Gemeindeordnung in dieser Frage eingeholt. Daraus wird zum einen ersichtlich, dass es nicht genügt, wenn der Oberbürgermeister über die erforderliche Qualifikation zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst verfügt. Danach wäre die Gemeinde verpflichtet, ihre innere Organisation so zu gestalten, dass die Beigeordneten nach den entsprechenden Bestimmungen des § 71 Abs. 3 GO zusammengesetzt sind.

Allerdings leitet sich daraus nicht zwingend ab, dass nach dem Ausscheiden einer entsprechend qualifizierten Dezernentin/eines Dezernenten die Gemeinde verpflichtet ist, diese Stelle erneut zu besetzen. Wenn die Gemeinde beabsichtigt, die Zahl ihrer Beigeordneten zu reduzieren, so würde den Anforderungen der Gemeindeordnung genüge getan, indem bei der nächsten Neuwahl eines Beigeordneten ein Bewerber mit der erforderlichen Qualifikation gewählt würde.

Auf dieser Grundlage werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei ihrer Forderung belieben, den Einstellungsstopp ernst zu nehmen und auch in der Dezernentenriege für eine Verschlankung der Verwaltung zu sorgen.

Schmierenskomödie

Aus der SPD-Fraktion verlautete am heutigen Tage, die SPD-Fraktion sei ausserordentlich enttäuscht darüber, dass die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN nicht zu Gesprächen mit der SPD-Fraktion über den Haushalt bereit sei und dem Haushalt insgesamt die Zustimmung verweigern werde.

Die GRÜNEN haben mehrfach gerade gegenüber der SPD , aber auch gegenüber CDU und Oberbürgermeister erklärt, dass sie zu konstruktiven Gesprächen über den Haushalt bereits seien. Noch während es Gespräches, das zwischen Oberbürgermeister und GRÜNEN am 1.11. 2002 stattfand und an dem auf Drängen des OB auch die SPD-Fraktion teilnahm, wurde von Seiten der GRÜNEN ein deutliches Gesprächsangebot in Richtung SPD formuliert, das bis heute nicht aufgenommen wurde.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Statt dessen haben die GRÜNEN zur Kenntnis genommen, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende Prüsse presseöffentlich erklärt, man sei auf gutem Weg bezüglich der Haushaltsgespräche mit der CDU. Dies ist den GRÜNEN gegenüber auch von Seiten der CDU bei einem gemeinsamen Gespräch erklärt worden. Tatsache ist, dass die Haushaltsgespräche zwischen SPD und CDU bereits seit geraumer Zeit in intensivem Rhythmus geführt werden.

Es ist das gute Recht von Fraktionen sich zu Konstellationen in der von ihnen präferierten Richtung zusammenzufinden. Dies respektieren die GRÜNEN. Wir sind jedoch der Auffassung, dass eine Schmierenkomödie, wie sie derzeit stattfindet mit dem Ziel, den GRÜNEN den schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben, der künftigen Zusammenarbeit zwischen den im Rathaus vertretenen Fraktionen sicherlich nicht dienlich ist.